

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

52. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 9 · 12. Oktober 2021

Plenum

Die Unwetterkatastrophe von Mitte Juli dieses Jahres hat erneut den Landtag beschäftigt. In einer Aktuellen Stunde debattierten die Abgeordneten über die Bewältigung der Folgen. S. 3

Feierstunde

Mit einer Feierstunde hat der Landtag an seine erste Sitzung vor 75 Jahren erinnert. Die Festrede im Plenarsaal hielt der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Stephan Harbarth. S. 10-11

Parlamentsgespräch

Nach einer coronabedingten Pause hat wieder das Parlamentsgespräch stattgefunden. Thema: der Zustand des Parlamentarismus, Gast u. a. der frühere Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert. S. 16

Abschied

Der Landtag hat in einer Gedenkfeier Abschied von seinem verstorbenen früheren Präsidenten Ulrich Schmidt genommen. Der SPD-Politiker aus Witten war Ende Juli gestorben. S. 17



„Du hast eine neue Nachricht“
Sexualisierte Übergriffe im Netz

INHALT



Gefahren im Netz

<u>Sachverständige äußern sich zu sexualisierten Übergriffen</u>	S. 7
<u>Standpunkte</u>	S. 8

Foto: Schälte

Aus dem Plenum

<u>Nach der Flut</u>	S. 3
<u>Meldungen</u>	S. 4

<u>Gesetzgebung</u>	S. 6
---------------------------	------

<u>Aus den Fraktionen</u>	S. 12
---------------------------------	-------

Forum

<u>Serie „Räume des Landtags“: Technik</u>	S. 14
<u>Parlamentsgespräch mit Prof. Dr. Norbert Lammert</u> ...	S. 16

Erinnerungen an

<u>Ulrich Schmidt</u>	S. 17
-----------------------------	-------

Aus den Ausschüssen

<u>Meldungen</u>	S. 18
------------------------	-------

Im Porträt

<u>Sebastian Watermeier (SPD)</u>	S. 19
---	-------

<u>Kurz notiert</u>	S. 20
---------------------------	-------

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, Vi.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2064 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Nadja Wilkins (FDP), Désirée Linde (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 8. Oktober 2021, 11.30 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig. Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

www.landtagintern.de



Nach der Flut

Debatte über Wiederaufbau im Katastrophengebiet

7. Oktober 2021 – Kontrovers hat der Landtag über den Wiederaufbau nach der Unwetterkatastrophe von Mitte Juli diskutiert. Die SPD-Fraktion, die die Aktuelle Stunde beantragt hatte, warf der Landesregierung „Organisationschaos“ vor. Innenminister Herbert Reul (CDU) wies dies zurück.



Christian Dahm (SPD)

Daniel Sieveke (CDU)

Horst Becker (Grüne)

Laut eines Medienberichts habe ein Abteilungsleiter bei der Bezirksregierung Köln um Aufhebung seines Beschäftigungsverhältnisses gebeten, weil Personal für die zu bewältigenden Aufgaben bei der Antragbewilligung der Wiederaufbauhilfe fehle, heißt es u. a. in dem SPD-Antrag (17/15298). Es habe technische Probleme bei der Antragsbearbeitung gegeben, das Verfahren selbst beinhalte für die Betroffenen zum Teil „schwer verständliche Details“.

Christian Dahm (SPD) warf der Landesregierung Organisationsversagen vor. Die Bezirksregierungen erledigten immer mehr Aufgaben, ohne personell adäquat ausgestattet zu werden. Es mangle keineswegs an der Qualifikation oder Motivation der Beschäftigten, sondern an der Anzahl. Entsprechende Hilferufe aus den Bezirksregierungen seien der Landesregierung bekannt, aber sie ignoriere diese und verletze damit ihre Fürsorgepflicht gegenüber den Beschäftigten. Das sei ebenso unverantwortlich, wie die Menschen nach der Hochwasserkatastrophe alleine zu lassen. Sie bräuchten eine schnelle Antragsbearbeitung und eine zügige Auszahlung der Mittel.

„Wo gearbeitet wird, passieren Fehler“, sagte **Daniel Sieveke** (CDU). Aber statt konstruktive Kritik zu üben, instrumentalisier die SPD das Unglück, das die Menschen erlebt hätten. Das sei „menschlich schäbig und ein politisches No-Go“. „Ich weise Ihre Kritik mit Ihrer Weltuntergangsstimmung gepaart mit Vorwürfen von totalem Staats- und Organisationsversagen zurück“, betonte der Abgeordnete. Die Hilfe des Landes breche nicht wegen der Kündigung eines Abteilungsleiters zusammen. 2.328 Anträge auf Wiederaufbauhilfe lägen bereits vor. Dies zeige, dass die Menschen nach vorn schauten. Seit dem 1. Oktober werde Geld ausgezahlt.

Seine Fraktion habe Hochachtung vor den Opfern der Flutkatastrophe, sagte **Horst Becker** (Grüne). Sie stünden vor einer schwierigen Situation. Seit Mitte September könnten die Anträge zur Wiederaufbauhilfe eingereicht werden. Allerdings gebe es bei der Bearbeitung offenbar „massive Schwierigkeiten“. Das Personal der Bezirksregierung schein überlastet. Kommunen und Kreise müssten deshalb vor Ort „massiv mit eigenem Personal die Antragstellung bearbeiten“, sagte Becker. Anträge könnten nur per E-Mail eingereicht werden, „obwohl angesichts der Schäden viele Bürgerinnen und Bürger diese Möglichkeit überhaupt nicht mehr haben“.

„Maßnahmenkatalog“

Andreas Terhaag (FDP) sprach von einer „historischen Katastrophe“. Es gelte nun, „den Wiederaufbau zu planen, zu organisieren und umzusetzen“. Die „NRW-Koalition“ sei die Probleme mit einem „großen Maßnahmenkatalog“ angegangen. Terhaag wies die von der SPD-

Fraktion geäußerte Kritik am Krisenmanagement der Landesregierung zurück. Von einem „Organisationschaos“ könne keine Rede sein. Es sei klar, dass nach einer solchen Katastrophe erst einmal Personal fehle. Dies könne zu einer kurzfristigen Überlastung führen. Die Landesregierung tue aber alles, um zu helfen und die Betroffenen zu entlasten.

Andreas Keith (AfD) sagte, die Unwetterkatastrophe gehe für Betroffene mit immensen psychischen Belastungen einher. Die AfD habe daher schon vor Monaten gefordert, psychologische Hilfen auszuweiten. Es sei „ein Skandal“, dass die anderen Fraktionen dem nicht zugestimmt hätten. Die SPD-Fraktion nutze mit ihrem Antrag nun die Misere von Betroffenen aus, um „politische Geländegewinne“ bei der Landtagswahl 2022 zu erzielen. Für Betroffene in den Flutgebieten brauche es ein langfristiges Programm zur Trauerbewältigung. Zudem müssten mehr Anlaufstellen eingerichtet werden, um Anträge einreichen zu können.

Was in Medien mit Blick auf die Kölner Bezirksregierung geschildert werde, sei von der zuständigen Regierungspräsidentin nicht bestätigt worden, bemerkte Innenminister **Herbert Reul** (CDU). Im Gegenteil: In der Behörde gebe es ein umfassendes Gesundheitsmanagement mit dem Ziel, Belastung durch Mehrarbeit zu vermeiden. Ein erhöhter Krankenstand sei nicht zu erkennen. In den fünf Bezirksregierungen seien zum Jahr 2022 zudem rund 700 Mitarbeitende mehr beschäftigt als noch vor der Corona-Pandemie. Personal werde nach und nach aufgestockt, sagte Reul. „Wir können keine Wunder vollbringen.“ Aber: „Wir helfen. Wir kümmern uns.“

Mitberaten wurde ein weiterer Antrag der SPD-Fraktion („Betroffene der Hochwasserkatastrophe bei der Bewältigung und beim Wiederaufbau unterstützen – Psycho-Soziale Betreuung gewährleisten, Bürokratiemonster bändigen“, 17/15254). Dieser wurde mit den Stimmen von CDU und FDP abgelehnt. Die Grünen und die AfD stimmten mit der SPD für den Antrag.

sow, zab, tob



Fotos: Schälte

Andreas Terhaag (FDP)

Andreas Keith (AfD)

Innenminister Herbert Reul (CDU)



Informatik und Naturwissenschaften Lützerath

6.10.2021 – Die Fraktionen von CDU und FDP wollen das Schulfach Informatik mit klassischen Naturwissenschaften in der gymnasialen Oberstufe gleichstellen. Informatik werde in der Sekundarstufe I aller weiterführenden Schulformen bereits seit dem Schuljahr 2021/22 verpflichtend in den Jahrgangsstufen 5 und 6 unterrichtet, heißt es in einem entsprechenden Antrag ([17/15262](#)), über den die Abgeordneten beraten haben. In der Sekundarstufe II könne Informatik bislang aber nicht „als alleiniger Vertreter des mathematisch-naturwissenschaftlichen Aufgabenfelds (neben der Pflichtbelegung Mathematik) belegt werden“ – anders als die Fächer Physik, Chemie und Biologie. Die Landesregierung solle sich im Rahmen der Kultusministerkonferenz für eine Änderung der „Vereinbarung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung“ einsetzen. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen angenommen. Die AfD stimmte dagegen. Ein Änderungsantrag der Grünen-Fraktion ([17/15302](#)) wurde abgelehnt.

Förderoffensive

6.10.2021 – Die Abgeordneten haben sich mit einem Antrag ([17/13403](#)) der SPD-Fraktion zu Fördermöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler befasst. Angesichts der Corona-Pandemie und dem damit einhergegangenen Unterrichtsausfall bestehe ein besonderer Bedarf für Kinder und Jugendliche mit Lernschwächen sowie aus sozial benachteiligten Familien. Die Landesregierung solle allen Schülerinnen und Schülern ein freiwilliges Förderangebot unterbreiten, um Lernrückstände aufzuholen. Wer die Mindestanforderungen in den Kernfächern nicht erreiche, solle Angebote im Umfang von zusätzlichen 80 Unterrichtsstunden in den Jahren 2021 und 2022 erhalten. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Neben der SPD stimmte die Grünen-Fraktion dafür.

6.10.2021 – Die Grünen-Fraktion fordert von der Landesregierung einen Erhalt der Ortschaft Lützerath am Braunkohletagebau Garzweiler. Sie gehöre zum zweiten Umsiedlungsabschnitt und solle nach den Plänen des Energiekonzerns RWE Ende 2022 dem Braunkohleabbau weichen, heißt es in einem Antrag der Fraktion ([17/15253](#)). Sogar Daten der Bundesregierung zeigten, dass der Kohleausstieg wegen verschärfter Klimaziele bereits 2030 umgesetzt werden müsse. Das Festhalten an weiteren Umsiedlungen von Ortschaften sei „vor diesem Hintergrund vollkommen absurd“. Die Landesregierung müsse zudem verhindern, dass in Lützerath „weiter Fakten geschaffen werden, bevor über anhängige Klagen rechtskräftig geurteilt“ worden sei. Demnach klage ein Landwirt gegen seine Enteignung. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Die SPD enthielt sich.

Warnhinweise

6.10.2021 – Nach der Unwetterkatastrophe von Juli fordern die Fraktionen von CDU und FDP, künftig Warnhinweise stärker über die Lokalradios zu verbreiten. Sie verweisen in ihrem Antrag ([17/15215](#)) auf ein Beispiel aus dem Kreis Steinfurt, wo sich die Kreisleitstelle bereits seit 2005 unmittelbar ins Programm des Lokalsenders einschalten könne, um bei einer Gefahrenlage aktuelle Warn- und Verhaltenshinweise zu geben. Dies sei auch möglich, wenn die Redaktion beispielsweise nachts nicht besetzt sei. Die Fraktionen fordern die Landesregierung u. a. zu einer Klärung auf, inwieweit Lokalstationen bereits heute Teil der Katastrophenpläne in den Kommunen seien. Zudem müssten technische Möglichkeiten für direkte Schaltmöglichkeiten in die Lokalprogramme geprüft werden. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD angenommen. SPD und Grüne enthielten sich. Ein Entschließungsantrag der SPD ([17/15304](#)) wurde abgelehnt.

Atomwirtschaft

6.10.2021 – Der Landtag hat über eine Große Anfrage der Grünen-Fraktion („Die Atomwirtschaft in NRW: Bedeutung und Aktivitäten“, [17/12509](#)) und die Antwort der Landesregierung ([17/14380](#)) debattiert. Obwohl in NRW seit mehr als 20 Jahren kein Atomkraftwerk mehr in Betrieb sei, müsse man mit den „Hinterlassenschaften“ umgehen, so die Grünen. Die Fraktion hatte u. a. nach der wirtschaftlichen Bedeutung der Atomwirtschaft sowie nach Produktion und Vertrieb von angereichertem Uran gefragt. Weitere Themenkomplexe der Großen Anfrage waren die Lagerung von Atommüll in Nordrhein-Westfalen, Atomtransporte durchs Land, Atomexporte nach Russland und in andere Staaten. Insgesamt hatten die Grünen 188 Einzelfragen gestellt. Die Antwort der Landesregierung umfasst rund 100 Seiten. Federführend war das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie. Sieben weitere Ministerien seien beteiligt gewesen.

Kreislaufwirtschaft

6.10.2021 – Die SPD-Fraktion fordert ein Umdenken in der Wirtschaftspolitik: Der weltweite Rohstoffverbrauch habe sich zwischen 1970 und 2017 beinahe verdreifacht, schreibt die Fraktion in einem im Plenum eingebrachten Antrag ([17/15255](#)). „Ein Leben innerhalb der planetarischen Grenzen wird ohne den Übergang zur Kreislaufwirtschaft daher nicht möglich sein.“ Der zentrale Ansatz, mit dem der Umgang mit Roh- und Werkstoffen gestaltet werden müsse, heiße „zirkuläre Wertschöpfung“. Materialien würden dabei „durch ein durchdachtes Design, Management und technologische Innovation so genutzt, dass Abfälle möglichst vermieden und Stoffe aus Gütern nach deren Nutzung wieder verwendet werden“. Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung auf, eine Rohstoffstrategie für Nordrhein-Westfalen zu erarbeiten, „in der klare



Foto: Schäfer

Zielsetzungen und wirksame Instrumente für eine nachhaltige, wo möglich zirkuläre Rohstoffbewirtschaftung aufgezeigt werden“. Nötig sei ein „Masterplan zirkuläre Wirtschaft“. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung (federführend) überwiesen.

Kriminalpolizei

7.10.2021 – Die Fraktionen von CDU und FDP nehmen in einem Antrag ([17/15263](#)) Belastungssituation, Organisation und Strukturen bei der Kriminalpolizei in den Blick. Die nordrhein-westfälischen Polizistinnen und Polizisten leisteten „eine herausragende Arbeit“, schreiben die Fraktionen. Allerdings sei die Belastung insbesondere bei der Kripo hoch. Die Arbeit habe sich „deutlich erweitert und verändert“. Dies liege auch an der Digitalisierung: „So stellen neue Tatbegehungsformen, Kriminalitätssphänomene und Täterkommunikationswege sowie interne (Digitalisierungs-) Prozesse die Polizei vor immer neue Herausforderungen.“ Ermittlungen und Beweisführungen seien personell und zeitlich aufwendiger geworden. Die Landesregierung solle Forschungsaufträge zur Belastungssituation bei der Polizei vergeben. Zudem sollten jedes Jahr mindestens 10 Prozent der neuen Polizeikommissarinnen und -kommissare direkt nach dem Studium bei der Kriminalpolizei eingesetzt werden. Die Fraktionen regen weiter eine umfassende Werbekampagne an, „die gezielt spezialisierten Nachwuchs für den Bereich der Kriminalpolizei anspricht“. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und FDP angenommen. Dagegen stimmten die Grünen, SPD und AfD enthielten sich.

Frauen in der Justiz

7.10.2021 – Um „Frauen in der Justiz in Nordrhein-Westfalen“ ging es in einer weiteren Großen Anfrage ([17/12868](#)) der Grünen-Fraktion. Der Frauenanteil habe sich „in den letzten Jah-

ren und Jahrzehnten deutlich erhöht“, schreiben die Grünen. Allerdings scheine dies „nach wie vor nicht oder nur sehr eingeschränkt für Frauen in Führungs- und Spitzenpositionen innerhalb der Justiz zu gelten“. Die Fraktion hatte u. a. nach Maßnahmen zur Frauenförderung gefragt. Weitere Fragen bezogen sich auf Frauen an Hochschulen, Frauen als Opfer von Straftaten sowie Frauen und Mädchen als Gefangene im Strafvollzug. „Die Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen ist in allen Arbeitsbereichen und Hierarchiestufen bestrebt, ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis herbeizuführen bzw. zu wahren“, heißt es in der rund 130 Seiten umfassenden Antwort ([17/13981](#), Neudruck) der Landesregierung: „In den Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, z. B. in Führungspositionen, sind generell – geschlechterübergreifend – Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf veranlasst.“

Geschäftsordnung

7.10.2021 – Der Landtag hat eine von der AfD-Fraktion beantragte Änderung seiner Geschäftsordnung abgelehnt. Die Fraktion wollte zusätzlich zur Fragestunde im Plenum eine „Regierungsbefragung“ einführen ([17/5633](#), [17/15312](#)) und hatte u. a. das ihrer Ansicht nach bisherige „starre Format“ kritisiert: „Fragen an die Landesregierung müssen vorab eingereicht werden, und es besteht für die Mitglieder der Landesregierung auch nicht die Verpflichtung, an der Fragestunde teilzunehmen.“ Die Fragestunde sei nicht mehr zeitgemäß. Der Antrag habe das Ziel, „den Landtag in seiner Rolle als öffentliches Forum für die politische Willensbildung zu stärken und eine wirkungsvollere Kontrolle des Handelns der Landesregierung durch eine Änderung der Geschäftsordnung zu ermöglichen“.

Holzverbrennung

7.10.2021 – Die Fraktion der AfD setzt sich für einen sofortigen Stopp aller landeseige-

nen Subventions- und Förderprogramme für holzbasierte Brennstoffe ein. In ihrem Antrag ([17/15256](#)) heißt es, dass nicht zuletzt aufgrund der Förderungen die Zahl der Pelletheizungen bundesweit in den vergangenen 15 Jahren auf mehr als 490.000 gestiegen sei. Forschungen zeigten aber, dass der Ersatz von Kohle durch Biomasse die CO₂-Emissionen nicht verringere, sondern vielmehr sogar erhöhe. Zudem werde durch die Abholzung der Wälder die ökologische Waldpflege gefährdet. Holzkraftwerke stießen bis zu 60 Prozent mehr CO₂ aus als neue Steinkohlekraftwerke. Die Klassifizierung von holzbasierten Brennstoffen als „Erneuerbare Energie“ stehe den Klimazielen der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland und Nordrhein-Westfalens entgegen. Der Antrag wurde mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Hochschule und Digitalisierung

7.10.2021 – Der Landtag hat das „Gesetz zum digitalen Fortschritt im Hochschulbereich angesichts der Erfahrungen aus der Coronapandemie sowie zum Hochschulbetrieb im Falle einer Epidemie oder einer Katastrophe“ verabschiedet. Der dazu von der Landesregierung eingebrachte Gesetzentwurf ([17/14963](#)) sieht vor, dass der „Lerngewinn im Bereich der Digitalisierung der Lehre und des Gremienbetriebs für das hochschulische Stammrecht gesichert“ werden solle. Gremien, die nach dem Hochschulgesetz nicht angehalten seien, öffentlich zu tagen, solle u. a. ermöglicht werden, digital zu tagen und Beschlüsse zu fassen. Um die Digitalisierung in der Lehre zu unterstützen, sollten Hochschulen die Möglichkeit erhalten, „verschiedene Lehrveranstaltungen – etwa große Vorlesungen mit hunderten von teilnehmenden Studierenden – künftig digital stattfinden zu lassen“. Für das Gesetz stimmten die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen bei Enthaltung der AfD-Fraktion.

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachennummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz zum digitalen Fortschritt im Hochschulbereich angesichts der Erfahrungen aus der Corona-Pandemie sowie zum Hochschulbetrieb im Falle einer Epidemie oder einer Katastrophe | [17/14963](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 7. Oktober 2021 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des § 58 der Gemeindeordnung und des § 41 der Kreisordnung des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/12059](#) | AfD | 2. Lesung am 6. Oktober 2021 | abgelehnt

Gesetz zur Novellierung der nordrhein-westfälischen Landesjustizvollzugsgesetze | [17/15234](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 6. Oktober 2021 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Ausführungsgesetz zum Flurbereinigungsgesetz | [17/15235](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 6. Oktober 2021 | Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Drittes Gesetz zur Änderung des Gesundheitsfachberufweiterentwicklungsgesetzes | [17/15289](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 6. Oktober 2021 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz über die Transparenz der Finanzierung kommunaler Wählergruppen (Wählergruppentransparenzgesetz – WählerGrTranspG) | [17/15264](#) | CDU und FDP | 1. Lesung am 7. Oktober 2021 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes sowie des Ausführungsgesetzes zum Neunten Buch Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/15188](#) (Neudruck) | Landesregierung | 1. Lesung am 7. Oktober 2021 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/9801](#) | AfD | 2. Lesung am 10. September 2021 | abgelehnt

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) | [17/14700](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2022 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2022 – GFG 2022) | [17/14702](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/14908](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Viertes Gesetz zur Änderung des Landesabfallgesetzes | [17/14405](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung der Marktüberwachung harmonisierter Bauprodukte in Nordrhein-Westfalen | [17/14910](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Drittes Gesetz zur Änderung des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) – Sozialhilfe – für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/14909](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und anderer Gesetze | [17/14962](#) | Landesregierung | Verkehrsausschuss | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes | [17/14911](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Neuregelung des Landesreisekostenrechts sowie zur Anpassung einer beihilferechtlichen Regelung im Landesbeamtengesetz | [17/14306](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Umsetzung der Akademisierung des Hebammenberufs in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Regelungen | [17/14305](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften | [17/14304](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Umsetzung des Anästhesietechnische- und Operationstechnische-Assistenten-Gesetzes in Nordrhein-Westfalen (ATA-OTA-G) | [17/14303](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz über den interkollegialen Ärztetausch bei Kindeswohlgefährdung – Änderung des Heilberufsgesetzes (HeilBerG) | [17/14280](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen (Teilhabe- und Integrationsgesetz TIntG) | [17/14243](#) | Landesregierung | Integrationsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und zu Ausgleichszahlungen für geduldete Personen | [17/14244](#) | Landesregierung | Integrationsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Einführung eines Radverkehrsgesetzes sowie zur Änderung weiterer Gesetze | [17/14257](#) | Grüne | Verkehrsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen | [17/14066](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Einführung eines Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen sowie zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes | [17/13977](#) | Landesregierung | Verkehrsausschuss | in Beratung

Gesetz über die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen und die Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen (Baukammerngesetz – BauKaG NRW –) | [17/13799](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zum Erlass eines Kulturgesetzbuches sowie zur Änderung und Aufhebung weiterer Vorschriften (Kulturrechtsneuordnungsgesetz) | [17/13800](#) | Landesregierung | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes Nordrhein-Westfalen | [17/13357](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landesrichter- und Staatsanwältengesetzes – LRiStaG | [17/13063](#) | Grüne | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Erhöhung der parlamentarischen Transparenz und zur Bekämpfung der parlamentarischen Korruption | [17/13070](#) | SPD | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Durchführung strafrechtsbezogener Unterbringungen in einem psychiatrischen Krankenhaus und einer Entziehungsanstalt in Nordrhein-Westfalen (Strafrechtsbezogenes Unterbringungsgesetz NRW – StrUG NRW) | [17/12306](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Einführung eines nordrhein-westfälischen Versammlungsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften (Versammlungsgesetz-Einführungsgesetz NRW – VersGEinfG NRW) | [17/12423](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Versammlungsfreiheitsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/11673](#) | SPD | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Erleichterung des Zugangs zu amtlichen Informationen in Nordrhein-Westfalen | [17/8722](#) | Grüne | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen | [17/4115](#) | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gefahren im Netz

Sachverständige äußern sich zu sexualisierten Übergriffen

16. September 2021 – Der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen hat sich mit Gefahren befasst, die vor allem Mädchen und Frauen im Internet drohen. Anlass war ein Antrag der SPD-Fraktion. Sachverständige äußerten sich dazu.

„Die Angst vor dem Kinderschänder, der Hornbrille trägt und kleine Mädchen oder Jungs auf dem Spielplatz mit Lollis anlockt, bevor er sie zu sich nach Hause entführt und missbraucht, ist allgegenwärtig und der wohlbekannte Albtraum für Eltern und Lehrer. Die Realität im 21. Jahrhundert hat sich verändert: Im Internet wird der besagte Spielplatz unendlich groß und die Menge an Kindern ist scheinbar unbegrenzt.“

Diese Einschätzung stammt von Chantal Grede, Referentin der „DigitalAkademie“, einer Einrichtung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Grede war eine der Sachverständigen, die sich in der Anhörung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen zu einem Antrag der SPD-Fraktion geäußert haben („Respekt und Empowerment für Mädchen und junge Frauen im Netz stärken – Cyber-Sexismus ein Ende setzen!“; [17/13068](#)).

Ziel sei es, so die SPD-Fraktion, Mädchen und junge Frauen besser vor Übergriffen im Internet zu schützen. „Durch die fortschreitende Digitalisierung und die damit verbundene Nutzung sozialer Medien werden neue Kanäle für

Interaktionen geschaffen, die leider zunehmend für Gewalt gegen Mädchen und Frauen missbraucht werden“, heißt es in dem Antrag. Beispiele seien Beschimpfungen, Beleidigungen, sexuelle Belästigung, persönliche Demütigung und das sogenannte Bodyshaming als Angriff auf das äußere Erscheinungsbild. Als Konsequenz zögen sich die Betroffenen häufig aus den digitalen Medien zurück. Die Fraktion fordert die Landesregierung u. a. auf, ein Konzept für eine zentrale Beratungsstelle für Opfer von digitaler Gewalt zu erarbeiten und „schnellstmöglich“ eine Kampagne zur Sensibilisierung zu initiieren.

„Mehr Respekt“

Die im SPD-Antrag „schwerpunktmäßig angesprochene Notwendigkeit von mehr Respekt und Empowerment für Mädchen und Frauen im Internet“ verdiene „breite politische Aufmerksamkeit“, schreibt Chantal Grede von der Konrad-Adenauer-Stiftung in ihrer Stellungnahme. Um angemessene Lösungen zu finden, müssten die Phänomene „eindeutig voneinander abgegrenzt werden“.

Grede wies darauf hin, dass Kinder und Jugendliche „nicht nur Opfer, sondern immer öfter auch Täter“ seien. Sie teilten Missbrauchsabbildungen im Internet – ohne daran zu denken, dass sie sich strafbar machen könnten: „Es fehlt schlichtweg die Vorstellungskraft darüber, dass sich hinter jedem im Netz abgebildeten missbrauchten Kind ein reales Kind verbirgt, das diesen Missbrauch erlebt hat.“ Sie erinnerte an die Verantwortung der Eltern: Sobald Kindern und Jugendlichen ein Zugang zum Internet durch Computer oder Smartphone geschaffen werde, müssten sie begleitet werden – „so, wie Schulwege gemeinsam abgefahren werden“.

Wichtig sei, erwachsene Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Eltern zu schulen, sagte Dimitria Bouzickou von der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS). Eltern sollten sich ihrer Vorbildrolle stets bewusst sein – auch bei der Smartphone-Nutzung, heißt es in der schriftlichen Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft: „Posten Eltern schon von sehr jungen Kindern bedenkenlos Fotos (...), so stellt dies eine Verletzung des persönlichen Intimbereiches des Kindes dar.“ Das Kind könne „nicht einwilligen oder darüber entscheiden, ob es auf dem Töpfchen, in der Badewanne oder beim Zahnarzt gezeigt werden will“. Problematisch sei zudem, „dass Kinder sich so an Grenzverletzungen gewöhnen“. Das Fortbildungsangebot zur Prävention sexualisierter Gewalt im digitalen Raum sollte, so die AJS, für Lehrkräfte sowie Fachkräfte im erzieherischen Kinder- und Jugendschutz ausgebaut werden. „Sehr gute Erfahrungen“ habe man bei sogenannten Peer-to-Peer-Angeboten gemacht. Dabei berieten ältere (ausgebildete) Schülerinnen und Schüler jüngere.

„Nachhaltige Interventions- und Präventionsketten sind notwendig, um zu einer Sensibilisierung von Heranwachsenden und Fachkräften beizutragen“, schreibt der Verein „femina vita, Mädchenhaus Herford“ in seiner Stellungnahme. Auch Eltern müssten „niedrigschwellig und bedarfsorientiert Zugang zu Informationsveranstaltungen und Hilfenetzwerken bekommen“. Eine „regionale Strukturförderung von Fachberatungsstellen“ sei sehr wichtig, sagte Lena Westermann von „femina vita“ im Ausschuss.

Tijen Onaran, Gründerin des Diversity-Unternehmens „Global Digital Women“, empfahl, Menschen einzubinden, die selbst im Netz sehr aktiv seien – etwa Youtuberinnen und Youtuber, Influencerinnen und Influencer. Über sie ließe sich die Zielgruppe der ganz jungen Menschen erreichen. *zab*

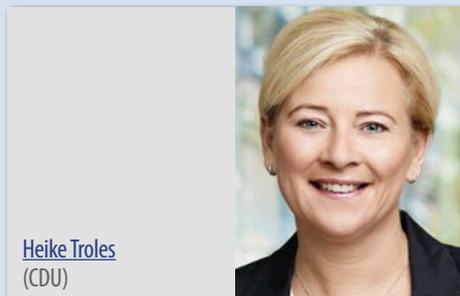
Foto: Schälte



Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 8 und 9.

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Sexualisierte Übergriffe im Internet“



Das Internet ist für Kinder und Jugendliche ...

... nicht mehr wegzudenken. Instagram, Facebook oder TikTok sind Apps, die zum Alltag gehören. Jedoch steigt mit der zunehmenden Digitalisierung auch die Gefahr für Cybermobbing, Cybersexismus und Cybergrooming. Daher setzen wir uns für eine Gesamtstrategie ein, um Schutz- und Hilfesysteme für Betroffene bedarfsorientiert anzubieten.

... ein Ort, der nicht mehr aus ihren Leben wegzudenken ist. Für sie sind, verstärkt durch die Corona-Pandemie, die Grenzen zwischen realer und digitaler Welt fließend. Deshalb müssen Kinder im Internet begleitet werden, sodass ihnen ein sicherer und altersgerechter Umgang mit den digitalen Medien von Anfang an nähergebracht wird.

Eltern ...

... haben oft keine umfassende Medienkompetenz. Wichtig ist es aber, genau diese zu stärken. Denn Eltern sollten ihre Kinder bei der Nutzung der neuen Medien begleiten können und Interesse an deren digitaler Lebenswelt zeigen. Das nahe Familienumfeld ist die erste Instanz für Kinder, wenn es darum geht zu lernen, Warnsignale oder Gefahren zu identifizieren.

... müssen ein Verständnis für diese Welt ihrer Kinder entwickeln und brauchen bedarfsorientierte und niedrigschwellige Angebote, um in extremen Situationen aktiv Hilfe leisten zu können. Die Medienkompetenz der Eltern leistet also einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Kinder.

Gefahren ...

... im Netz sind real und dafür muss ein Bewusstsein entwickelt werden. Täter sind da, wo Kinder und Jugendliche sind. Wichtig ist das Zusammenspiel aller Player, um Lösungen zu entwickeln und Präventionsarbeit zu leisten. Neben Cybermobbing und Cybersexismus ist das sogenannte Cybergrooming eine besonders grausame Erscheinungsform. Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein.

... birgt das Internet insbesondere für Mädchen und junge Frauen. Sie sind ganz besonders von sexualisierter Gewalt im Netz betroffen. Oberste Priorität hat, dass wir ein digitales Umfeld schaffen, in dem sich jede und jeder sicher bewegen kann, ohne Anfeindung und Gewaltdrohungen zu erleben. Daher müssen wir Respekt und Empowerment für Mädchen und junge Frauen im Netz stärken.

Schutz ...

... gibt es, wenn sich Kinder und Jugendliche der Gefahren bewusst sind, die im Internet lauern. Wichtig ist aber auch die digitale Solidarität. Wir dürfen nicht Zuschauer sein, sondern müssen uns aktiv gegen Beleidigungen, Pöbeleien, Hetze, Hass und Sexismus im Netz stellen. Die Regeln, die wir in der analogen Welt miteinander vereinbart haben, dürfen wir in der digitalen Welt nicht aufgeben.

... müssen wir insbesondere den Frauen bieten, die bereits Opfer von sexualisierter Gewalt im Netz geworden sind. Denn wer solche traumatischen Erfahrungen durchlebt hat, darf durch eine Opferbeschuldigung auf keinen Fall ein zweites Mal zum Opfer werden. Schuld und Scham dürfen nicht länger als Machtinstrument gegen Mädchen und Frauen genutzt werden.



... ein Chancenland. Dort können sie lernen, kreativ sein, Unterhaltung finden und Freundschaften pflegen. Kinder und Jugendliche wachsen heute mit dem Internet auf und verstehen es als unverzichtbaren Teil ihrer Lebenswelt. Wie im echten Leben lauern aber auch im Internet Gefahren. Deshalb muss von Anfang an ein selbstbestimmter und verantwortungsvoller Umgang mit dem Internet erlernt werden.

... haben auch im Umgang mit dem Internet Verantwortung für ihre Kinder. Sie sollten sie interessiert begleiten und über Risiken aufklären. Elterliche Verbote sind in der virtuellen Welt genauso wenig wirkungsvoll wie in der analogen Welt. Sie machen verbotene Bereiche nur interessanter. Eltern brauchen aber auch Informationsangebote, um ihren Kindern ein umsichtiges Medienverhalten vermitteln zu können.

... lauern im Internet und sind nicht immer leicht zu erkennen. Neben Falschinformationen und Cyber-Mobbing verbreitet sich derzeit zunehmend das sogenannte Cyber-Grooming. Erwachsene geben sich Kindern und Jugendlichen gegenüber als Gleichaltrige aus, um Vertrauen aufzubauen, sie zu manipulieren und schlimmstenfalls zu missbrauchen.

... bietet insbesondere eine große Medienkompetenz. Die NRW-Koalition hat in den vergangenen Jahren die Angebote zur Stärkung der Medienkompetenz weiter ausgebaut. Aber auch bereits einfache Maßnahmen wie z. B. das Nutzen privater statt öffentlicher Accounts in den Sozialen Medien bieten Schutz. Zudem müssen Kinder und Jugendliche ernst genommen werden, wenn sie negative Erlebnisse ansprechen.



... Teil ihrer Lebenswelt. Dort können sie sich ausprobieren, vernetzen, zusammen spielen und kommunizieren. Doch auch hier lauern Gefahren, denn überall, wo Kinder sind, sind auch Täter. Das Internet darf kein schutzloser Raum sein – Kinder und Jugendliche müssen auch hier besonders geschützt und begleitet werden.

... sind häufig selbst in der Situation, das Internet und seine Mechanismen noch besser verstehen zu lernen. Umso wichtiger sind Anlaufstellen zum Erwerb elterlicher Medienkompetenz und Beratung. Denn eine stetige Kommunikation innerhalb der Familie ist wichtig, um Kindern den sicheren Umgang mit dem Internet zu ermöglichen und mögliche Risiken zu minimieren.

... im Internet werden häufig unterschätzt. Kinder und Jugendliche müssen dafür früh sensibilisiert und Gewalt unter Gleichaltrigen im digitalen Raum stärker thematisiert werden. Insbesondere Frauen und Mädchen sind im Internet neuen Formen und einer neuen Variante struktureller Gewalt ausgesetzt. Dazu zählen bspw. Hatespeech, aber auch Cybergrooming – also das Anbahnen von sexuellen Kontakten. Hier braucht es ein umfassendes Schutzkonzept.

... vor Gewalt ist auch im Internet unabdingbar – das Netz darf kein schutzloser Raum sein. Auch im Internet gilt die Istanbulkonvention zum Schutz von Frauen vor Gewalt. Die Schutzstrukturen aus dem analogen Raum sowie Schutzräume und Hinwendungsstellen muss es auch im digitalen Raum geben. Es braucht hier institutionsübergreifende Ansätze, um ein Schutzkonzept zu entwickeln und konsequent durchzusetzen.



... nicht nur eine Ergänzung zum realen Leben – insbesondere für Jugendliche sind beide Sphären mittlerweile untrennbar miteinander verschmolzen. Das birgt allerdings auch Gefahren. Deshalb sollten die Anbieter und Gestalter „digitaler Lebensräume“ genauso verantwortlich handeln und genauso verantwortlich gemacht werden können, wie beispielsweise der Betreiber eines Freizeitparks.

... möchten ihre Kinder schützen. Dazu sollten sie sich vertrauensvoll mit ihren Kindern über deren Interessen austauschen. „Was spielt mein Kind online? Welche Plattformen kennt es und wo ist es selber aktiv?“ Nur wenn die Eltern die Gefahren der Communitys kennen, können sie ihr Kind entsprechend schützen. Sie sollten zudem Vorbild sein, denn Kinder lernen Datensensibilität auch von ihren Eltern.

... im Internet sind für junge Menschen schwer abzuschätzen. Täter sind im Netz vorrangig dort anzutreffen, wo auch junge Menschen sind. Die Betreiber der Dienste und Plattformen geben in Bezug auf den Kinderschutz ein trauriges Bild ab. Vor diesem Hintergrund ist die Vermittlung von Medienkompetenz unerlässlich. Das sollte so selbstverständlich sein wie eine Radfahrprüfung. Es ist viel zu tun!

... vor den unterschiedlichen Formen der Gewalt im Netz kann nur dann effektiv greifen, wenn alle Beteiligten ihren Beitrag leisten. Die Anbieter müssen eine tatsächliche Altersverifikation umsetzen. Es ist die Aufgabe von Schulen und insbesondere der Eltern, Medienkompetenz zu vermitteln. Zu guter Letzt ist auch die Gesetzgebung und Strafverfolgung in die digitale Welt zu übertragen.

Landtag Nordrhein-Westfalen feiert

6. Oktober 2021 – Mit einem Festakt im Plenarsaal hat der Landtag Nordrhein-Westfalen sein 75-jähriges Bestehen gefeiert und an die konstituierende Sitzung am 2. Oktober 1946 im Düsseldorfer Opernhaus erinnert. Grußworte sprachen der Präsident des Landtags, André Kuper, und Ministerpräsident Armin Laschet (CDU). Die Festrede hielt der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Stephan Harbarth.



Der Präsident des Landtags, André Kuper (2.v.r.), begrüßte zur Feierstunde (von links) die Präsidentin des Landesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb, Ministerpräsident Armin Laschet, den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Stephan Harbarth, und die Lyrikerin Josephine Kullat.

Die konstituierende Sitzung im Opernhaus begann damals mit der van-beethovenschen Coriolan-Ouvertüre, gespielt vom Orchester der Stadt Düsseldorf. 75 Jahre später erklang zum Auftakt der Feierstunde das Volkslied „Kein schöner Land“, dargeboten vom Landesjugendchor NRW.

„Für immer dankbar“

Der Präsident des Landtags, André Kuper, eröffnete die Feierstunde und begrüßte die Gäste. Er erinnerte an die historischen Wochen im Sommer und Herbst 1946, die „als Geburtsstunde unseres Landes und unserer heutigen Demokratie gelten“. Diesen Wochen sei das „dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte“ vorausgegangen mit der NS-Tyrannie, dem Zweiten Weltkrieg und dem Menschheitsverbrechen der Shoah. Umso unglaublicher und wertvoller sei das Angebot der Demokratie ge-

wesen, das die Briten gemacht hätten. Für dieses Angebot sei Nordrhein-Westfalen dem Vereinigten Königreich und dem britischen Volk „für immer dankbar“.

Die Gründung von Land und Landtag Nordrhein-Westfalen

Die britische Besatzungsmacht hatte am 23. August 1946 den nördlichen Teil der früheren preußischen Provinz Rheinland und die frühere preußische Provinz Westfalen durch die „Verordnung Nummer 46“ zum Bundesland Nordrhein-Westfalen zusammengeschlossen. Die Briten nannten dies „Operation Marriage – Operation Hochzeit“. Der Zweite Weltkrieg, der bis zu 65 Millionen Menschen das Leben gekostet hatte, war gerade einmal gut ein Jahr vorüber.

Die konstituierende Sitzung des ersten Landtags fand am 2. Oktober 1946 im Opernhaus von Düsseldorf statt. Das Gebäude war durch Luftangriffe im November 1943 stark beschädigt und nach dem Krieg provisorisch wieder herge-

richtet worden. Es war das einzige Gebäude, das sich für die Konstituierung eignete.

Der Präsident betonte, der Jahrestag der Landtagsgründung sei ein Tag der Freude. Die Demokratie sei fest verwurzelt und habe sich auch in aktuellen Krisenzeiten als stark und standhaft erwiesen. Er mahnte zugleich, demütig und wachsam zu bleiben. Friede, Freiheit und Vielfalt seien fragil und nicht selbstverständlich. Die demokratischen Errungenschaften müssten jeden Tag verteidigt werden.

Das Jubiläum sei ein Anlass, „75 Jahre Freiheit und Demokratie an Rhein und Ruhr“ zu feiern, sagte Prof. Dr. Stephan Harbarth, Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Nordrhein-Westfalen sei in der Nachkriegszeit „zur Lokomotive des deutschen Wirtschaftswunders“ geworden. Dies sei in sozialer Verantwortung geschehen – ausgehend vom Leitmotiv des ersten frei gewählten Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens, Karl Arnold (CDU). Demnach habe sich das Bundesland als das „soziale Gewissen der Bundesrepublik“ verstanden, so Harbarth. Erfolgreich habe NRW auch in Europa gewirkt. Zudem sei es gelungen, eine Landes-

Dem Landesparlament gehörten jeweils 100 Abgeordnete aus beiden Landesteilen an. Die Briten hatten sie ernannt. Die erste Landtagswahl fand erst am 20. April 1947 statt. Für die Briten war u. a. der Oberbefehlshaber der britischen Besatzungszone, Sir Sholto Douglas, ins Opernhaus gekommen. Nach Reden von Ministerpräsident Dr. Rudolf Amelunxen (parteilos) sowie des Oberbefehlshabers folgte die Konstituierung. Zum ersten Landtagspräsidenten wurde Ernst Gnoß (SPD) gewählt, ebenso einstimmig wie seine beiden Stellvertreter Karl Arnold (CDU) und Konrad Skrentny (KPD).

75 Jahre lebendige Demokratie

identität zu entwickeln und Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichem Glauben zu integrieren. Das „Zusammenführen und Zusammenhalten“ könne „in Zeiten wachsender gesellschaftlicher Fliehkräfte nicht hoch genug eingeschätzt werden“.

„Einheit des Landes“

„Wir können uns heute gar nicht mehr vorstellen, wie das damals war“, erinnerte Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) an Hunger, Erschöpfung, Wohnungsnot und rund 10.000 Tuberkulose-tote im Jahr 1946. „Hätte man damals Umfragen gemacht, wäre wohl nicht die allergrößte Sehnsucht der Menschen gewesen, dass es endlich einen Landtag gibt“, vermutete er. Die Erwartung, Not zu lindern und existenzielle Probleme zu lösen, sei groß gewesen. Sicher hätten sich auch Menschen gefragt, ob dies nicht leichter etwa durch Dekrete der britischen Militärbesatzung zu bewältigen sei als in einer parlamentarischen Demokratie. Laschet: „1. Lesung, 2. Lesung, 3. Lesung, Anhörung, Fragen beantworten, Transparenz herstellen – das ist mühsam, aber die einzige Form, auf Dauer für alle Menschen gerechte Lösungen zu schaffen.“



An der Feierstunde im Plenarsaal nahmen neben den Abgeordneten auch die Mitglieder der Landesregierung und zahlreiche Gäste teil.

Die Einheit des Landes NRW sei durch den Landtag mit vorangetrieben worden. Mit Blick auf die Sitzordnung im Plenarsaal sagte Laschet: „Man ordnet sich nicht nach regionaler Herkunft, sondern nach einer Idee, und dann entsteht ein gemeinschaftsstiftender Gedanke.“

red

Fotos: Schälte

75
JAHRE



LANDTAG
NORDRHEIN
WESTFALEN

Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Foto: Schälte

Eine echte Verzahnung von Schule und Ausbildung

Zur Sicherheit erst mal auf die Uni – damit es später klappt mit der Karriere: Für diesen Weg entscheiden sich immer mehr junge Menschen. In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger um mehr als 66 Prozent gestiegen. Das Problem: Mit dem Studienabschluss ist der schnelle Weg an die berufliche Spitze keineswegs mehr garantiert – und nicht für jeden jungen Men-



Claudia Schlottmann
(CDU)

schens ist die akademische Laufbahn überhaupt das Richtige. Die NRW-Koalition hat sich daher zum Ziel gesetzt, das Erfolgsmodell „duale Ausbildung“ zu stärken. Damit Schülerinnen und Schüler die Chancen darin erkennen, wollen wir die Verzahnung der Schulen mit

der ausbildenden Wirtschaft weiter voranbringen. Dazu haben wir gemeinsam mit der FDP jetzt eine Initiative eingebracht.

„Für Schülerinnen und Schüler wird die duale Ausbildung dann greifbar, wenn sie nicht nur ein abstrakter Begriff, sondern konkret erlebbar ist“, erklärt unsere schulpolitische Sprecherin Claudia Schlottmann. Vor Ort gebe es teils schon vorbildliche Kooperationen

zwischen allgemeinbildenden Schulen und der ausbildenden Wirtschaft – aber weder überall noch einheitlich. Schlottmann sagt: „Das wollen wir ändern und die Verzahnung von Schule und Unternehmen durch Best-Practice-Beispiele in die Fläche bringen.“ Zudem möchten wir Pra-

xisphasen in den wichtigen Jahrgangsstufen der Berufsorientierung ausbauen und die Kommunikation der Schulen mit den Berufsinformationszentren intensivieren. So sollen junge Menschen die Gelegenheit bekommen, persönlich zu erleben, ob eine Ausbildung nicht viel besser zu ihnen passt als der Hörsaal. Und zu ihrer Vorstellung von Karriere: In den nächsten zehn Jahren werden etwa 200.000 Handwerksbetriebe in Deutschland jemanden suchen, der das Ruder übernimmt – gleichzeitig herrscht Fachkräftemangel. Auf den gut ausgebildeten Nachwuchs warten auf diesem Arbeitsmarkt echte Chancen.



Studierende brauchen jetzt eine Perspektive

Der Beginn der Corona-Pandemie war ein tiefer Einschnitt für das studentische Leben. Gruppenlernen in der Hochschulbibliothek, ein Schwätzchen bei einem Kaffee zwischen zwei Lehrveranstaltungen oder Studierendenpartys: All dies hat mit dem Pandemiebeginn ein jähes Ende gefunden. Drei volle Semester fanden seitdem weitestgehend online statt. Studierende, die ihr Studium während der Pandemie begonnen haben, haben häufig weder ihre Dozentinnen und Dozenten noch ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen oder den Campus ihrer Hochschule kennengelernt.

Trotz dieser erheblichen Einschränkungen fanden die Probleme der Studierenden in der Öffentlichkeit kein Gehör. Dabei haben Isolation und Einsamkeit zu einer deutlichen Zunahme psychischer Krankheiten geführt, welche zu



Foto: green-chameleon-s9CC2SKySJM-unsplash

Lernrückständen und Studienabbrüchen geführt haben. Der Lockdown hatte für viele Studierende auch finanzielle Konsequenzen – so waren traditionelle Studierendenjobs wie Kellnern in Cafés oder Restaurants aufgrund des Lockdowns nicht mehr verfügbar. Diese Nöte der Studierenden sind uns nicht egal. Wir haben daher mehrere Anträge in das Plenum eingebracht, um notwendige Hilfen auf den Weg zu bringen. Leider haben unsere Initiativen keine Mehrheit gefunden.

Studierende brauchen nun eine klare Perspektive für das kommende Wintersemester, das an den meisten Hochschulen mit deutlich mehr Präsenz stattfinden wird. Auch wenn dadurch ein Stückchen Normalität zurückkehrt, werden die Auswirkungen der Pandemie noch lange zu spüren sein. Wir halten an unserer Forderung fest, dass Studentinnen und Studenten mit einem Maßnahmenbündel finanziell und psychisch entlastet werden müssen. Dazu gehören die Bereitstellung von digitalen Leihgeräten, ein vereinfachter Zugang zum BAföG, ein Rückholprogramm für Studienabbrecherinnen und -abbrecher und der Ausbau von Beratungsangeboten.



Schulfach Informatik im Abitur mit klassischen Naturwissenschaften gleichstellen

Die Digitalisierung umgibt jeden von uns. Die Menschen teilen persönliche Momente auf dem Smartphone, buchen Zugtickets bequem vom Sofa aus oder greifen von der Hosentasche aus auf Informationen der ganzen Welt zu. Die digitale und die analoge Welt verschmelzen immer mehr, Arbeitsplätze und Berufe verändern sich – und darauf soll auch die Schule vorbereiten. „Wir wollen, dass die Schülerinnen und Schüler nicht bloß mit digitalen Medien umgehen können, sondern ebenso die digitalen Prozesse und Entwicklungen nachvollziehen. Sie sollen verstehen, wie die Technik hinter unserer digitalen Welt funktioniert, und sie aktiv mitgestalten“, erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Franziska Müller-Rech.

Dazu wollen die Fraktionen von FDP und CDU nun das Fach Informatik mit den Naturwissenschaften im Abitur gleichstellen. Bisher ist Informatik gegenüber den Fächern Biologie, Physik und Chemie benachteiligt. Es entscheiden sich noch zu oft Schülerinnen und Schüler gegen Informatik als Abiturfach, weil es die Wahl der anderen Abiturfächer unnötig einschränkt. NRW soll sich im Rahmen der Kultusministerkonferenz für die Gleichstellung des Faches einsetzen und damit die Wahl als Abiturfach erleichtern. „Wenn wir stets die Bedeutung der Digitalisierung für unsere Gesellschaft



Franziska Müller-Rech (FDP)

betonen, müssen wir auch das Fach Informatik in der Schule ausreichend wertschätzen. Das Pflichtfach in der Sekundarstufe I war ein wichtiger erster Schritt, nun stärken wir die Informatik auch in der Oberstufe“, betont Franziska Müller-Rech. Damit setzt die NRW-Koalition ihren Kurs der kontinuierlichen Stärkung des Faches Informatik fort.



Dürftige Digital-Bilanz der Landesregierung

Die Landesregierung legte 2019 eine Digitalstrategie für NRW vor. Mit einer Großen Anfrage haben wir den Stand der Umsetzung abgefragt. Das Ergebnis ist dürftig. Erst 18 Prozent der 44 Ziele wurden erreicht, mehr als ein Drittel verfehlt. Der Weg zu einem digitalisierten NRW ist noch weit.



Matthi Bolte-Richter (Grüne)

Das Digitalministerium ist Etikettenschwinder. Ihm fehlen konkrete Durchgriffsrechte gegenüber anderen Ministerien und es überprüft manche Ziele nicht. Einige Ziele der Digitalstrategie

waren ambitionslos – sie können ohne viel Handeln erreicht werden –, andere waren so unspezifisch, dass sie sich nicht messbar überprüfen lassen.

Wieder andere waren wohl zu hoch gesteckt: Bei der Anbindung von Privathaushalten, Schulen und Gewerbegebieten an schnelles Internet verpasste die Landesregierung ihre eigenen Ziele. Wir brauchen endlich einen verbindlicheren Pfad, wie Glasfaser und 5G flächendeckend in NRW ausgebaut werden. NRW muss den Genehmi-

gungsturbo zünden. Die digitale Verwaltung lässt ebenso auf sich warten – nur etwas mehr als ein Drittel der Prozesse ist digitalisiert.

Die Digitalisierung der Wirtschaft kommt nicht voran. Gerade der Mittelstand hat weiterhin erheblichen Aufholbedarf. Potenziale von sozialen und ökologischen Startups bleiben liegen. Es braucht gezielte Förderprogramme und spezialisierte Anlauf- und Beratungsstellen für Social Entrepreneurs. In der Digitalpolitik der Landesregierung ist Klimaschutz ein Randthema. Die Digitalisierung muss Motor des Klimaschutzes sein.



Unser Wald ist zu wertvoll, um ihn zu verfeuern!

Manchmal kann man den Eindruck gewinnen, dass selbst der größte Unsinn als ernstzunehmender Beitrag gewertet wird, wenn nur das Etikett „Klima“ draufsteht. Dabei stellt sich so manche Maßnahme bei genauerem Hinsehen als nutzlos, schlimmstenfalls kontraproduktiv heraus. Ein gutes Beispiel dafür ist die Klassifizierung von Holzverbrennung als „weitgehend klimaneutral“. Dieser Einschätzung widersprechen jedoch nicht nur eine Reihe von wissenschaftlichen Analysen und Studien, auch rund 800 Wissenschaftler haben bereits im Jahre 2018 in einem „Brandbrief“ an das EU-Parlament betont, dass die Verbrennung von Biomasse den Kohlenstoffgehalt in der Atmosphäre und die Erwärmung für Jahrzehnte bis Jahrhunderte erhöhen werde. Ungeachtet all dessen sind weiterhin umfangreiche Subventionen für die CO₂-intensive Holzpelletverbrennung



in Kraft. Weshalb die AfD-Fraktion in einem Antrag fordert, sämtliche landeseigenen Subventions- und Förderprogramme, die im Zusammenhang mit holzbasierten Brennstoffen stehen, mit sofortiger Wirkung zu beenden. Schon heute wird der jährliche Holzzuwachs in Deutschland nahezu vollständig geerntet – womit dem Wald Totholz als wichtiges Strukturelement für Artenvielfalt, Nährstoffverfügbarkeit und Humusaufbau fehlt. Daher ist auch die Rodung von Wald-

flächen für Windkraftanlagen äußerst kritisch zu sehen, wie der Parlamentarische Geschäftsführer und forstpolitische Sprecher Andreas Keith erklärt: „Statt immer mehr Forstflächen für ineffiziente Windkraftanlagen zu opfern und das auch noch zu subventionieren, ist es Aufgabe der Politik, den Wald als Rückzugs- und Erholungsgebiet zu bewahren. Eine direkte Unterstützung der Waldbauern, die es ihnen erlaubt, Wälder zu erhalten statt abzuholzen, wäre im Sinne von Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Energieeffizienz die beste Investition für unsere Zukunft!“



Aus dem Landtag und hinaus

Die Öffentlichkeit will gut darüber informiert sein, was im Parlament geschieht. Dazu braucht es eine Technik auf der Höhe der Zeit – wie im Plenarsaal und in Sitzungssälen, die kürzlich für weitere Live-Übertragungen modernisiert wurden.

Erhaben ist der Blick von oben in den Plenarsaal. Worte wie „Lockdown“, „Impfdosen“ und „Geduldprobe“ sind in den Kabinen der Ton- und Bildregie zu hören, wo an diesem Vormittag die Herren der Technik die Sitzung aufmerksam verfolgen. Ihre Aufgabe: dafür zu sorgen, dass die über Mikrofon gesprochenen Worte im Plenarsaal gut zu hören sind und Abgeordnete nicht nur unter sich diskutieren, sondern eine breite Öffentlichkeit an der Debatte teilhaben kann.

Bürgerinnen und Bürger können alle Sitzungen des Plenums live im Internet sehen, auch in Gebärdensprache. Eine der Schaltzentralen befindet sich dazu in den Kabinen auf der Zuschauertribüne des Plenarsaals, von wo aus sich fünf fest montierte Kameras ansteuern lassen. Auch die „ELA-Regie“ hat hier ihren Platz. Das stehe für „Elektroakustische Lautsprecheranlage – Regie“, sagt Bernd Hallwaß, technischer Sachbearbeiter im Gewerk Kommunikations- und Medientechnik.

In der ELA-Regie wurden einige Fensterscheiben ausgespart, damit Tontechniker einen ungefilterten Eindruck von der Lautstärke im Saal bekommen. Zudem erkennen sie über Bildschirme, welche Abgeordnete reden und wie viel Sprechanteil die Fraktionen jeweils haben. Es leuchtet, blinkt – und funkt hinaus in alle Welt mit „hoch komplexen Gerätschaften“, wie Hallwaß sagt, während ein Kollege gerade das Ausgabesignal am Rednerpult etwas höher fährt.

Eigener Fernsehkanal

Zusätzlich zur Ausstrahlung im Internet werden Plenarsitzungen über einen eigenen Fernsehkanal übertragen, der nur im Landtag zu empfangen ist. Bild und Ton werden dazu ins Kabelnetz eingespeist. Abgeordnete und Mitarbeitende der Landtagsverwaltung sowie der Fraktionen können alle Sitzungen über Fernseher und Projektoren in der Bürger- und Wandelhalle, im Landtagsrestaurant und in Büros verfolgen.



Schaltzentrale zur Bedienung der Kameras

Der über die Internetseite des Landtags aufrufbare Livestream wiederum steht allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Wenige Klicks genügen, schon sind sie mitten in der Debatte. Nachdem ein externer Dienstleister die Daten aufbereitet hat, können Interessierte die jeweilige Plenarsitzung über die Internetseite des Landtags auch nachträglich aufrufen.

Neben modernen Kommunikationsmitteln haben im Landtag zudem Relikte aus der analogen Zeit überdauert: die sogenannten Büroempfänger etwa, die Sitzungen aus dem Plenarsaal

us in die Welt



Fünf Kameras liefern Bilder für die Live-Übertragung



Rundum erneuert: Live-Schleife in einem Ausschusssaal



Digitale Technik: Für Laien ein einziges Labyrinth

akustisch in die Räume des Landtags übertragen. Sie stammen aus dem Jahr 1988, sind also genauso alt wie das Landtagsgebäude selbst und unter Fensterbänken in Büros installiert. Die schlichten Geräte sind nach wie vor beliebt, auch weil sie Signale einige Sekunden schneller als der Internet-Livestream in die Büros übertragen. Und hakt dieser, tun sie zuverlässig ihren Dienst. „Leider bekommen wir keine Ersatzteile mehr“, sagt Rene Markgraf, Kommunikations- und Medientechniker im Landtag. Manchmal ließen sich die Büroempfänger reparieren. Oft aber

würden sie „stillgelegt“. Denn zurück ins analoge Zeitalter wolle niemand, zu sehr überwiegen die Vorteile der Digitalisierung.

Digitale Technik

Der Unterschied ist auch im „Hauptverteilungsraum Technik“ – kurz HVT – zu sehen. Vor Jahren waren hier zig Steck- und Lötverbindungen auf mannshohen Rangierschienen für Bild- und Tonübertragungen verdrahtet. Für Laien ein einziges Labyrinth. Wenige Kup-

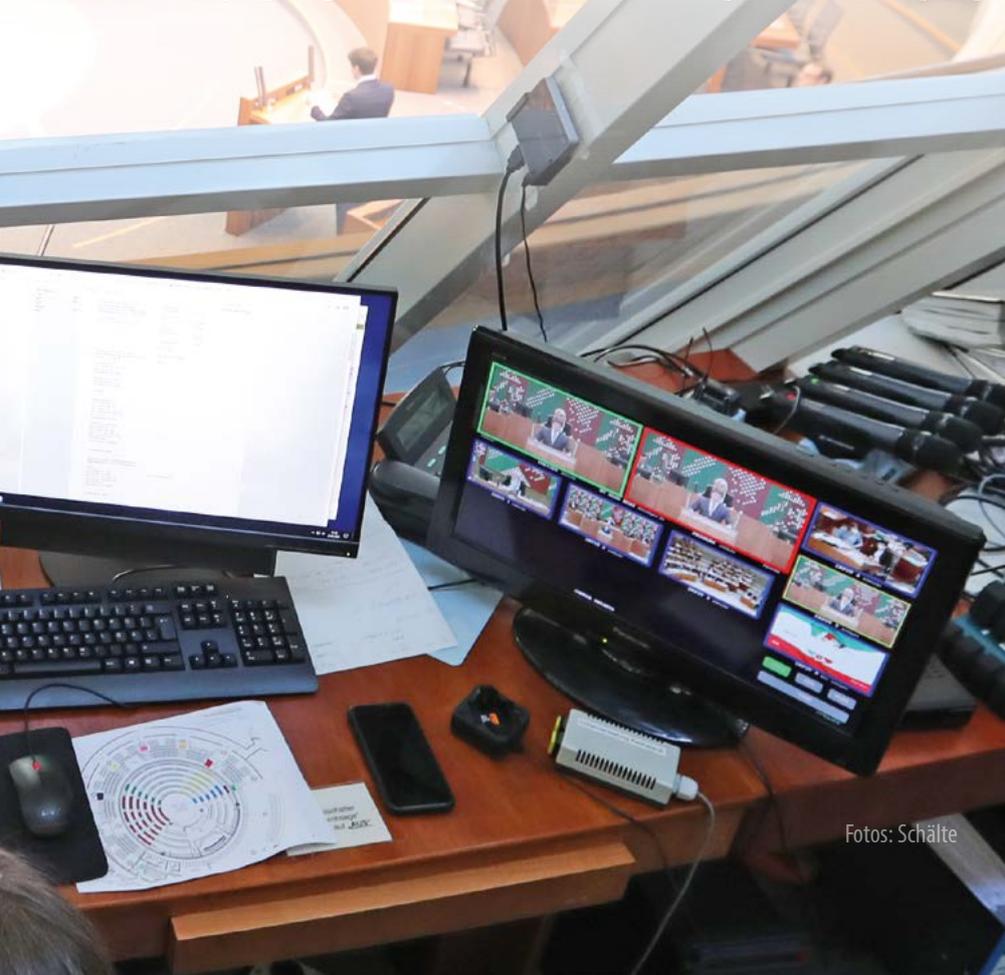
ferleitungen – etwa zu Ministerien – sind nach wie vor zu erkennen, aber längst nicht mehr aktiv. Verbaut sind heute meist digitale Geräte, klein und kompakt, die Aufschriften tragen wie „Encoder“, „Multiviewer“ und „V-LAN“.

Digital ist auch die Technik in den Ausschusssälen. Erst im April wurde sie in drei Sälen unter der Regie von Landtagsmitarbeiter Michael Schreiber erneuert, um in Zeiten der Corona-Pandemie mehr Videokonferenzen und Livestreams zu ermöglichen. „Wir waren gefordert, zeitnah ein professionelles System auf die Beine zu stellen“, sagt der Medientechnik-Ingenieur. Von der ersten Planung bis zur Inbetriebnahme verging gerade mal ein halbes Jahr.

Seitdem läuft die Anlage. Wie genau sie funktioniert, erklärt Rene Markgraf an einem sitzungsfreien Vormittag. Er betritt einen kreisrunden Ausschusssaal, der über fünf Großbildschirme sowie vollautomatische Kameras, sogenannte Dome-Kameras, verfügt. Wie ein Fünfeck sind sie an einem Gestell verschraubt. Per Knopfdruck lässt sich das sogenannte Pentagon von einigen Sälen aus sogar von der Decke absenken – als sei ein Raumschiff startklar für die Live-Übertragung.

Experte Markgraf geht zu einem der Mikrofone, die neben kabellosen Stromversorgungen für Smartphones und Ladestationen für Tablets an den Plätzen angebracht sind. „Eins, zwei, drei, Roger“, tönt es durch den Raum – die Kamera erkennt das Signal und fokussiert den Redner. Am Eingang des Raumes lässt sich der Livestream nun mit einem Chip aktivieren.

Mit jeder Erneuerung schreitet die Digitalisierung im Landtag voran. Und es bewahrheitet sich ein Lehrsatz, den Hallwaß, Jahrgang 1956, in der Ausbildung zum Fernsehtechniker gelernt hat: „In deinem Beruf wirst du nie aufhören zu lernen“, sagte ihm einst sein Berufsschullehrer. Ja, die nächsten Ausschusssäle warten schon auf das nächste Update. *toB*



Fotos: Schälte

Begegnungen, die Vertrauen schaffen

Parlamentsgespräch mit Prof. Dr. Norbert Lammert

28. September 2021 – Der Landtag hat die Diskussionsreihe „Parlamentsgespräche“ wieder aufgenommen. „Vertrauensfrage – Vom Zustand des Parlamentarismus“, so lautete das Thema. Zu Gast war unter anderem der ehemalige Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert.

Nordrhein-Westfalen blicke seit der ersten Sitzung des Landtags am 2. Oktober 1946 auf 75 Jahre Parlamentarismus zurück, sagte André Kuper, Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, in seiner Begrüßung. In den vergangenen anderthalb Jahren habe die Corona-Pandemie die parlamentarische Arbeit stark beeinflusst. Die Abgeordneten seien in Plenarsitzungen mit Maskenpflicht in reduzierter Zahl zusammengekommen, sie hätten auf namentliche Abstimmungen verzichtet. Der Landtag habe seine Rechte und Kontrollfunktion gegenüber der Regierung jedoch gewahrt. Plenum und Ausschüsse hätten regelmäßig getagt, zudem habe es zehn Sondersitzungen des Plenums in anderthalb Jahren gegeben – so viele wie nie zuvor in einem solchen Zeitraum. „Unser Parlament war arbeitsfähig, zu jeder Zeit.“ Das sei eine wichtige und mutmachende Erkenntnis. Es stelle sich jedoch die Frage, inwiefern die Zeit der Corona-Pandemie das Vertrauen in den Parlamentarismus beeinflusst habe.

Parlamentarierinnen und Parlamentarier verfügten in Deutschland über weitreichende Kompetenzen, sagte Prof. Dr. Norbert Lammert. „Ich sehe auf diesem Globus kaum mehr als eine Handvoll Parlamente, die einen ähnlichen oder gar größeren Einfluss auf Sach- und Personalentscheidungen haben als der Deutsche Bundestag.“ Mit Blick auf die Corona-Pandemie sei allerdings eine Diskrepanz zwischen dem faktischen Gewicht des Parlaments und der Wahrnehmung dieses Einflusses zu beobachten. Zwar seien im Bundestag zum Thema Corona-Pandemie rund 60 Gesetzentwürfe beraten und mehr als tausend Anfragen an die Bundesregierung gestellt worden. Das „Zentrum der Entscheidungsfindung“ sei das Parlament aber nicht gewesen. Mit einer „Mischung aus Großzügigkeit und vielleicht Bequemlichkeit“

hätten Parlamentarierinnen und Parlamentarier schwierige Abwägungen zwischen Gesundheitsschutz und Grundrechtseinschränkungen den Regierungen überlassen – im Bund wie in den Ländern. Dadurch habe es an parlamentarischer Legitimation von Erlassen gefehlt, was den ohnehin seit Jahren begonnenen Vertrauensverlust in die Arbeit von Parlamenten verstärkt habe.

„Schwer getroffen“

Die Gründungsdirektorin des Instituts für Parlamentarismusforschung in Berlin, Prof. Dr. Suzanne S. Schüttemeyer, widersprach: Der Bundestag und die Landtage seien in der Pandemie gegenüber den Regierungen in Bund und Ländern nicht ins Hintertreffen geraten. In einem funktionierenden parlamentarischen System trage die parlamentarische Mehrheit die Regierung. Die Regierung sei „Fleisch vom Fleische der Parlamentsmehrheit“. Beide Seiten – die regierungstragenden Fraktionen sowie Regierungen – kommunizierten im parlamentarischen System auf vielen, teils internen Kanälen. Die Opposition übe zudem ihre Funktion als Kontrollinstanz aus. Dieser Mechanismus habe in Zeiten der Pandemie funktioniert. Klar sei aber auch, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Parlamente und Regierungen seit den 1980er-Jahren gesunken sei. Parteien seien ebenfalls „schwer getroffen“ von einem Vertrauensverlust. Wichtig sei daher der persönliche Kontakt von Politikerinnen und Politikern zu Bürgerinnen und Bürgern. Dadurch verringere sich die „Differenz von Institution und Individuum“, Vertrauenswerte stiegen.

Die Leiterin der Parlamentsredaktion der Rheinischen Post in Berlin, Kerstin Münstermann, sagte, dass Medien Politik erlebbarer machten. Das habe zuletzt der Bundestagswahl-



Landtagspräsident André Kuper führte in das Thema ein.

kampf gezeigt. Klickzahlen in Online-Portalen seien bei Berichten, die den Fokus auf Personen legten, besonders hoch gewesen. Parlamente wiederum seien während der Corona-Pandemie bei wichtigen Entscheidungen nicht vertreten gewesen – etwa bei Bund-Länder-Gesprächen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Parlamente hätten jedoch wichtige Entscheidungen mit beschlossen. Journalistinnen und Journalisten würden täglich Zeugen einer gelebten Demokratie in Parlamenten, die sich stets veränderten und neu zusammenfänden – für Münstermann ein hoffnungsvolles Zeichen. *tob*

Info

Rund 80 Gäste haben am Parlamentsgespräch im Landtag teilgenommen. Der Zugang erfolgte mit einem Nachweis der 3G-Regel (geimpft, genesen, getestet). Eine Video-Aufzeichnung ist abrufbar auf der Internetseite des Landtags unter www.landtag.nrw.de/home/mediathek/videoportal.html.

Fotos: Zanin

Moderatorin Vivien Leue (v.l.) mit Prof. Dr. Suzanne S. Schüttemeyer, Prof. Dr. Norbert Lammert und Kerstin Münstermann



Erinnerungen an Ulrich Schmidt

Landtag gedenkt seines verstorbenen früheren Präsidenten

8. Oktober 2021 – Der Landtag hat in einer bewegenden Feierstunde seines ehemaligen Präsidenten Ulrich Schmidt gedacht. Der SPD-Politiker war am 29. Juli 2021 im Alter von 79 Jahren gestorben. Schmidt war von 1975 bis 2005 Mitglied des Landesparlaments und von 1995 bis zu seinem Ausscheiden dessen Präsident. Innenminister Herbert Reul (CDU) hatte zu Ehren des Verstorbenen für den 8. Oktober Trauerbeflagung angeordnet.



Sie erinnerten an Ulrich Schmidt: der Präsident des Landtags, André Kuper (Mitte), SPD-Fraktionschef Thomas Kutschaty (links) und Dr. Rolf Mützenich, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

Im Plenarsaal hatten sich Angehörige, Freunde und Weggefährten des Politikers versammelt. Zahlreiche Abgeordnete und Kabinettsmitglieder, aktuelle wie ehemalige, nahmen ebenso an der Gedenkfeier zu Ehren Ulrich Schmidts teil.

„Gefühl für Stil und Würde“

Ulrich Schmidt habe die Entwicklung des Landes über drei Jahrzehnte maßgeblich mitgeprägt, sagte André Kuper, der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen. Konsens und Ausgleich seien für ihn unerlässlich gewesen. Das Land habe in Schmidt einen, wie er über sich selbst gesagt habe, „praktizierenden sozialen Demokraten“ verloren. Schmidt gehöre zu einer Generation, „die Politik von der Pike auf praktiziert“ habe. Er habe die politische Kultur und besonders die Parlamentskultur in Nordrhein-Westfalen mitgeprägt. Kuper: „Sei-

ne menschliche Ausstrahlung und sein sicheres Gefühl für Stil und die Würde des Parlaments haben ihn ausgezeichnet.“

Thomas Kutschaty, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen, würdigte den Verstorbenen als engagierten Politiker, der sich für die Interessen der Menschen eingesetzt habe. „Politik ist kein Shakespeare-Drama um den Aufstieg und Fall großer Charaktere. Politik verlangt zu dienen. Politische Verantwortung ist eine Bürde. Das wird viel zu oft vergessen – auch von denjenigen, die sie tragen müssen. Ulrich Schmidt vergaß das nie.“ Schmidt sei ein Vorbild gewesen für Verantwor-

tung, Anstand und Mitgefühl und habe ein Leben voller Tatkraft und Hingabe geführt. Kutschaty: „Jetzt müssen wir Abschied nehmen, es ist Zeit.“

Dr. Rolf Mützenich, SPD-Fraktionschef im Bundestag und von Juni 2001 bis Oktober 2002 Schmidts Büroleiter im nordrhein-westfälischen Landtag, sagte: „Wir nehmen Abschied von Uli Schmidt, dem Ehemann und Schwager, dem Kommunal- und Landespolitiker, dem Sozialdemokraten und Sozialpolitiker, dem Kollegen und Vorgesetzten, dem Kümmerer und Zuhörer. Kurz gesagt, wir nehmen Abschied von einem Menschenfreund und Wohltäter.“ Mützenich erinnerte an wichtige Stationen im persönlichen und politischen Leben von Ulrich Schmidt. Das Amt des Landtagspräsidenten sei ihm „auf den Leib geschneidert“ gewesen. Er habe unparteiisch als Vermittler zwischen den Fraktionen gewirkt. So sei auch die Parlamentsreform 2005 gelungen. Mützenich:

„Lieber Uli, wo immer Du jetzt bist, mach es gut auf Deinem Weg.“

Musikalisch umrahmt wurde die Gedenkfeier von Vera Merzinger (Violine) und Christian Brandenburger (Klavier). Sie brachten Werke von Pjotr Iljitsch Tschaikowsky, Robert Schumann und Edvard Grieg zu Gehör. Zum Schluss erklang das „Steigerlied“. red

Fotos: Schälte

Ulrich Schmidt

Ulrich Schmidt wurde am 31. März 1942 in Witten geboren. Nach Schule und Ausbildung arbeitete er als kaufmännischer Angestellter. 1964 trat er in die SPD ein. 1970 wurde er Mitglied des Rates der Stadt Wetter, von 1975 bis 1995 war er Bürgermeister in Wetter. 1975 wurde er in den nordrhein-westfälischen Landtag gewählt. Von 1990 bis 1995 war Schmidt 2. Vizepräsident und von 1995 bis 2005 Präsident des Landtags. Ulrich Schmidt engagierte sich u. a. in der Industriegewerkschaft Metall, bei der Arbeiterwohlfahrt und beim Sozialverband VdK, dessen Landesvorsitzender er von 2006 bis 2009 war.





AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Foto: Schälte

Tagebau Hambach

17.9.2021 – Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen hat sich in einer Aktuellen Viertelstunde mit einem Urteil des Verwaltungsgerichts Köln zur Räumung von Baumhäusern am Tagebau Hambach befasst. Die im Herbst 2018 von der Landesregierung angewiesene Räumung – es war der größte Polizeieinsatz in der Geschichte Nordrhein-Westfalens – sei rechtswidrig gewesen, heißt es im Urteil. Die von der Landesregierung als Begründung für die Aktion genannten Brandschutzbestimmungen seien vorgeschoben gewesen. Bauministerin [Ina Scharrenbach](#) (CDU) wies im Ausschuss darauf hin, dass das Urteil aus Köln noch nicht rechtskräftig sei. Im Herbst 2018 hätten Gerichtsbeschlüsse vorgelegen, aus denen hervorgegangen sei, dass eine Räumung von Baumhäusern auf Basis des Bauordnungsrechts rechtmäßig sei. [Arndt Klocke](#) (Grüne) sagte, die Opposition habe die brandschutzrechtliche Begründung der Landesregierung damals bereits als Vorwand kritisiert. Ministerin Scharrenbach habe diese Bedenken „massiv in Zweifel“ gezogen und den Grünen vorgeworfen, Menschen aufzuwiegeln. [Fabian Schruppf](#) (CDU) entgegnete, dass es neben dem jetzt vorliegenden Urteil drei weitere Gerichtsurteile etwa des Oberverwaltungsgerichts Münster gebe, die in Eilverfahren die Rechtmäßigkeit des Vorgehens der Landesregierung bestätigt hätten. [Stephen Paul](#) (FDP) warf den Grünen vor, sie hätten ihren Landesparteitag 2018 an der Abbruchkante des Tagebaus Hambach veranstaltet, die Nähe zu Protestierenden gesucht und den Konflikt damals angeheizt. [Stefan Kämmerling](#) (SPD) sagte, die Landesregierung habe einen gesellschaftlichen Konflikt mit Brandschutzregeln lösen wollen und dabei – wie jetzt klar sei – rechtswidrig gehandelt.

Biologische Stationen

22.9.2021 – Die Abgeordneten des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz haben sich mit biologischen Stationen in Nordrhein-Westfalen be-

fasst. Aktuell gebe es 40 dieser Einrichtungen, flächendeckend verteilt in nahezu allen Landkreisen von NRW, berichtete die Vorsitzende des Dachverbands der Biologischen Stationen, Birgit Beckers. Die Stationen seien zuständig für das Monitoring und Management von rund zwei Dritteln der Schutzgebiete in Nordrhein-Westfalen. Mitarbeitende erstellten Bewirtschaftungspläne, kümmerten sich um Pflegearbeiten, den Artenschutz, die Öffentlichkeitsarbeit und vieles mehr. Die Kürzung des nordrhein-westfälischen Naturschutzetats haben die Einrichtungen zuletzt „kalt erwischt“, sagte Beckers. Problematisch sei zudem, dass Fördergelder jedes Jahr neu beantragt werden müssten. Die Abgeordneten stellten zahlreiche Fragen zu Finanzierungsquellen sowie zur Arbeit der Stationen. Umweltministerin [Ursula Heinen-Esser](#) (CDU) bemerkte, die Ausgaben für den Naturschutz seien in den vergangenen Jahren konstant geblieben. Zu längeren Förderzeiträumen sollten zeitnah Gespräche aufgenommen werden.

Mutmaßlicher Anschlag

23.9.2021 – Die Landesregierung hat den Innenausschuss über den mutmaßlich geplanten Anschlag auf die Synagoge in Hagen informiert. Ein 16-jähriger Syrer befinde sich in Untersuchungshaft, teilte Innenminister [Herbert Reul](#) (CDU) mit. Den Ermittlungen zufolge habe der Sprengstoffanschlag offenbar am jüdischen Feiertag Jom Kippur (15./16. September) erfolgen sollen. Über einen ausländischen Nachrichtendienst habe man von den Plänen erfahren. Es habe sich um „sehr konkrete Informationen“ gehandelt. Der Innenminister sprach von „Rückschlüssen auf eine islamistisch motivierte Bedrohungslage“ und einem „gelungenen Beispiel für die Zusammenarbeit verschiedener Sicherheitsbehörden“. Alle Fraktionen äußerten sich erschüttert über den mutmaßlich geplanten Anschlag. Der Fall zeige, „dass Antisemitismus in der Gesellschaft weit verbreitet ist“, sagte Grünen-Fraktionschefin [Verena Schäffer](#). Die jüdische Gemeinde habe ihren höchsten

Feiertag in Angst verbringen müssen, sagte [Sven Wolf](#) (SPD). [Marc Lürbke](#) (FDP) dankte den Sicherheitsbehörden. Sie hätten „klar und entschlossen gehandelt“. [Gregor Golland](#) (CDU) sagte: „Ohne die Informationen ausländischer Nachrichtendienste wären wir blind gewesen.“ Es sei gut, „dass wir solche Freunde auf der Welt haben“. Potenziellen Nachahmungstätern müsse gezeigt werden, „dass wir in Deutschland so etwas nicht zulassen“, sagte [Andreas Keith](#) (AfD).

Untersuchungsausschuss

6.10.2021 – Der Landtag hat die Mitglieder des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses V zur Aufarbeitung der Hochwasserkatastrophe vom Juli dieses Jahres gewählt. Die konstituierende Sitzung des Gremiums sollte am 8. Oktober 2021 (nach Redaktionsschluss) stattfinden. Dem Untersuchungsausschuss gehören 13 Mitglieder aller fünf Fraktionen an. Den Vorsitz hat der FDP-Abgeordnete Ralf Witzel. Stellvertretender Vorsitzender ist der SPD-Abgeordnete André Stinka. Der Landtag hatte den Ausschuss auf Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen ([17/14944](#)) am 9. September 2021 eingesetzt. Das Gremium soll „mögliche Versäumnisse, Unterlassungen, Fehleinschätzungen und etwaiges Fehlverhalten der Landesregierung, vor allem, jedoch nicht ausschließlich, der Staatskanzlei, des Ministeriums des Innern, des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen sowie ihrer nachgeordneten Behörden, der Wasserverbände und Talsperrbetreiber bei der Abwehr von Gefahren für Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen im Vorfeld und während des hohen Niederschlags“ untersuchen, „welcher sich im Zusammenhang mit dem Tief ‚Bernd‘ im Zeitraum vom 12. bis 15. Juli 2021 ereignete“, heißt es im Antrag der Fraktionen. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 9. Juli 2021, dem Tag der ersten Warnmeldungen durch das „European Flood Awareness System (EFAS)“ zu einem bevorstehenden Unwetter, bis zum Tag der Einsetzung des Untersuchungsausschusses.

Porträt: Sebastian Watermeier (SPD)



Sebastian Watermeier stammt, wie er selbst sagt, aus einer klassischen sozialdemokratischen Familie. Beide Großväter waren Industriearbeiter, sein Vater trat wegen der Politik Willy Brandts in die SPD ein, das Parteibuch lag allerdings nur in der Schublade.

Der 36-jährige Landtagsabgeordnete aus Gelsenkirchen wurde als direkt Betroffener politisch aktiv, wie er berichtet. Als CDU und FDP 2005 mit der Forderung nach Studiengebühren in den Landtagswahlkampf zogen, sei er zunächst mit Kommilitonen in Münster auf die Straße gegangen. Dann trat er den Sozialdemokraten bei. Andere Parteien seien für ihn nie in Betracht gekommen. Weder Grüne noch Linke und erst recht nicht CDU oder FDP hätten, so sagt er heute, Bezug zu seiner Lebenswelt gehabt.

In der SPD machte der Student der Geschichte und Philologie rasch Karriere. Er engagierte sich bei den Jungsozialisten, wurde nach drei Jahren Juso-Chef in seiner Heimatstadt und stieg wenig später in die regionalen Vorstände der Partei auf. Als ihn 2014 der damalige Gelsenkirchener Bundestagsabgeordnete Joachim Poß fragte, ob er nicht in dessen Berliner Büro arbeiten wolle, griff Watermeier zu. Schließlich wüchsen im Ruhrgebiet Jobs für Geisteswissenschaftler nicht an den Bäumen.

Doch schon nach einem Dreivierteljahr kehrte Watermeier in seine Heimatstadt zurück. Die Europaabgeordnete Gabriele Preuß bot ihm die Leitung ihres Heimatbüros an. Drei Jahre später begann seine eigene parlamentarische Karriere. Poß kandidierte nicht mehr für den Bundestag, der Landtagsabgeordnete

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Sebastian Watermeier (SPD). Der 36-jährige Historiker aus Gelsenkirchen vertritt seine Fraktion u. a. in den Ausschüssen für Europa und Internationales sowie für Digitalisierung und Innovation.

Markus Töns strebte nach Berlin und sein Wahlkreis im Gelsenkirchener Süden wurde frei.

Landespolitik findet Watermeier spannend, weil es dabei um Inhalte gehe, die unmittelbar mit dem Alltag der Menschen zu tun hätten. Als Beispiele nennt er das Thema Schule, das in vielen Familien zwischen Kindern, Eltern und Großeltern oft diskutiert werde, die Situation der Universitäten, Verkehrsprobleme sowie die Innere Sicherheit und die Sorgen der Polizei.

„Wenn ich Schülern das föderale System erkläre, dann fange ich damit an, dass für die Probleme direkt vor der Haustür, etwa die Müllabfuhr, die Stadt oder der Kreis zuständig sind. Um die Bildung im Lande und die Sicherheit auf den Straßen kümmert sich die Landespolitik und die übergeordneten Fragen, etwa Steuern, Wirtschaft oder Verteidigung, sind Aufgaben des Bundes.“ Deshalb finde er es auch geradezu paradox, dass in der Regel die Beteiligung an Kommunalwahlen am niedrigsten sei, bei Bundestagswahlen am höchsten und beim Landtag meist irgendwo dazwischenliege.

„Fest verankert im Wahlkreis“

An einen Wechsel in die Bundes- oder Europapolitik denke er nicht. Er finde die Arbeitsbedingungen in Düsseldorf gut, freue sich, dass er abends nach Hause fahren und sich dort um seine anderthalbjährige Tochter kümmern könne. Wichtig sei ihm auch, dass er in seinem Wahlkreis fest verankert und regelmäßig anzutreffen sei. Bei der Landtagswahl im nächsten Mai möchte er wieder antreten. Neben der Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie werde es im Wahlkampf vor allem um das Thema Schule gehen, etwa den „gravierenden Lehrermangel“ oder eine unzureichende Ausstattung der Schulen mit moderner Technik. Dabei wolle er sich mit seiner Partei dafür stark machen, dass die Mittel des Landes vor allem dorthin gingen, wo sie am dringendsten benötigt würden.

Für einen gebürtigen Gelsenkirchener ist es nahezu selbstverständlich, Fan von Schalke 04 zu sein. Watermeier ist überzeugt, dass dem Verein schon in dieser Saison der Wiederaufstieg in die erste Bundesliga gelingt. Dabei gehe es um mehr als Fußball. Die Bedeutung

von Schalke für die Stadt Gelsenkirchen könne gar nicht überschätzt werden, sagt der Abgeordnete. Wenn er als Jugendlicher irgendwo in der Welt gefragt worden sei, wo er herkomme, und er Gelsenkirchen gesagt habe, habe kaum jemand gewusst, wo das sei. Habe er aber „aus Schalke“ gesagt, hätten alle sofort Bescheid gewusst.

Peter Jansen

Zur Person

Sebastian Watermeier ist seit 1. Juni 2017 Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags. Der gebürtige Gelsenkirchener studierte nach Abitur und Grundwehrdienst von 2005 bis 2006 Rechtswissenschaften und von 2006 bis 2011 Geschichtswissenschaft sowie Englische und Deutsche Philologie (Abschluss: Magister Artium). Seit 2005 ist er Mitglied der SPD, von 2008 bis 2011 war er Vorsitzender des Juso-Unterbezirks Gelsenkirchen. Seit 2012 ist Watermeier Mitglied des SPD-Unterbezirksvorsitzenden Gelsenkirchen. Im Landtag ist er ordentliches Mitglied im Ausschuss für Europa und Internationales, im Ausschuss für Digitalisierung und Innovation sowie in der Enquetekommission II („Brexit“).

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Die „Klingen-Reihe“ von Joe Abercrombie. Ein wunderbar sarkastisches Fantasy-Epos, das mit einigen Konventionen des Genres bricht und trotzdem eine große Geschichte spannend erzählt.

Welche Musik hören Sie gerne?

Am liebsten höre ich Heavy Metal.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Milchschnitte darf in meinem Kühlschrank nie fehlen. Das liegt sicherlich auch am Mitspracherecht meiner kleinen Tochter, mit der ich natürlich immer gerne und gerecht teile.

Ihr liebstes Reiseziel?

Mein liebstes Reiseziel liegt gar nicht so weit entfernt an der Wiege Europas: Die griechischen Inseln haben es mir wirklich angetan.

Kurz notiert

Weltkindertag

Mit einem bunten Fest hat der Landtag am 19. September 2021 den Weltkindertag gefeiert. Auf dem Vorplatz gab es viele Angebote für Kinder und ihre Familien. Und der Besucherdienst führte coronakonform kleine Gruppen durch das Parlamentsgebäude. Der Präsident des Landtags, André Kuper, sagte: „Der Weltkindertag steht unter dem Motto ‚Kinderrechte jetzt‘. Kinder haben besondere Rechte und Bedürfnisse, wenn sie auch oft alltäglich sind. Deshalb sollte Kindern in unserem Alltag noch besser zugehört werden. Das fordern auch das Deutsche Kinderhilfswerk und Unicef als Initiatoren des Weltkindertages. Gerade während der Corona-Pandemie haben viele unter den Einschränkungen gelitten.“

Säulen der Demokratie

Mit den „Säulen der Demokratie“ erinnert der Landtag an ehemalige Abgeordnete, die während des Nationalsozialismus politisch verfolgt wurden. Am Glasaufzug des Parlaments wurden dazu exemplarisch Informationen zu fünf dieser Abgeordneten angebracht: Fritz Hensler (SPD), Dr. h.c. Christine Teusch (CDU), Prof. Dr. Paul Luchtenberg (FDP), Johanna Melzer (KPD) und Johannes Brockmann (Zentrum). Der Präsident des Landtags, André Kuper, sagte: „Dem Landtag Nordrhein-Westfalen gehörten Abgeordnete an, die auch im Nationalsozialismus für ihre politischen Überzeugungen eingetreten sind – und die dafür verfolgt, eingeschüchtert und eingesperrt wurden. Diese Menschen und ihre Biografien rücken wir in den Mittelpunkt des Parlaments.“ Die „Säulen der Demokratie“ sind Teil des Projekts Verfolgungsbiografien: Eine Projektgruppe der Landtagsverwaltung arbeitet daran, bis zum Jahr 2025 mehr als 4.200 Biografien wissenschaftlich zu untersuchen. Im Blick sind die Abgeordneten des Landtags und der demokratischen Vorgänger-Parlamente auf dem Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalens. Mehr Informationen finden Sie im Internet unter www.landtag.nrw.de.

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 30. November 2021.

Neuer Internetauftritt

Der Landtag ist seit Mitte September mit einem neuen, modernen Internetauftritt online. Interessierte finden unter www.landtag.nrw.de Informationen rund um die Arbeit des Landtags und der Abgeordneten. Die Abrufbarkeit der Seiten über mobile Geräte wurde optimiert. Ein eigenes Portal für Kinder und Jugendliche, Erklärfilme zu verschiedenen Themen sowie Angebote in Gebärdensprache und in Leichter Sprache runden das Angebot ab.

Foto: Schälte

